

Startgleich: Aber manche laufen schneller

Über die Schwierigkeit mit einem Begriff

Wer sich die aktuelle finanz-, wirtschafts- und sozialpolitische Diskussion näher anschaut, der wird immer wieder über das Wort „Gerechtigkeit“ stolpern.

Wenn die Regierung – wie im Augenblick – den Staatshaushalt konsolidieren muss, dann schallt ihr aus unterschiedlichen politischen Lagern entgegen: Das muss aber „gerecht“ über die Bühne gehen. Wenn Ökonomen erfolgversprechende Vorschläge zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit auf den Tisch legen, dann landen diese sofort im Papierkorb, käme der Verdacht auf, sie führen zu mehr „Ungerechtigkeit“. Ob Agrar-, Renten-, Gesundheits- oder Entwicklungspolitik, überall geht es offensichtlich vor allem um eins: für mehr Gerechtigkeit, gegen Ungerechtigkeit.

Wer aber daraus den Schluss zieht, dass alle diejenigen, die dieses Wort so häufig in den Mund nehmen, genau wissen, wovon sie reden, der irrt: Die meisten wissen es nicht: Bei ihnen ist das Gerede von der Gerechtigkeit eine leere Sprechblase ohne jeden Informationsgehalt. Aber auch diejenigen, die überhaupt eine Antwort parat haben, widersprechen sich häufig selbst, aber auf jeden Fall den anderen.

Da sind zum Beispiel diejenigen, die der Politik im Namen der Gerechtigkeit die Aufgabe zuweisen wollen, alles gleich zu machen: vor allem Chancen, Einkommen, Vermögen. Sie vergessen dabei, dass Chancengleichheit nicht zum gleichen Ergebnis führen muss: Der eine ergreift die Chance, die andere nicht: Wenn wir alle dazu bringen könnten, bei einem 100-Meter-Lauf gleichzeitig zu starten, dann kann niemand damit rechnen, dass alle zur gleichen Zeit durchs Ziel laufen.

Andere träumen davon, dass der Staat die Verteilung der Güter, Einkommen, Vermögen nach bestimmten „Gerechtigkeits“-Kriterien steuert. Doch die vorgeschlagenen Kriterien sind sehr vielfältig: Leistung, moralischer Verdienst, Bedürfnisse, Geschlecht, Anstrengung, Alter.

Jeder sieht sofort: Die Verteilung würde je nach Kriterium sehr unterschiedlich ausfallen. Welches dieser Kriterien sollen wir wählen? Wie wollen wir sie durchsetzen? Fragen, auf die es in einer freien Gesellschaft keine Antworten geben kann. Es gibt keinen objektiven Massstab für „Gerechtigkeit“. Deswegen kann man auch nicht über politische Massnahmen Gerechtigkeit herstellen.

Was bleibt aber dann von den Gerechtigkeitsforderungen an die Politik übrig? Im Prinzip nur die Aufforderung, die „Gleichheit vor dem Gesetz“ herzustellen und aufrecht zu erhalten.

Alle anderen Forderungen an die Adresse der Politik, die sich der Gerechtigkeitsfloskel bedienen, müssen als das angesehen werden, was sie in Wahrheit sind: Die Versuche von Interessengruppen, im politischen Verteilungskampf ihre Einzelinteressen zulasten anderer durchzusetzen. Lässt sich die Politik darauf ein, dann macht sie sich zum Büttel dieser Einzelinteressen und verprellt die anderen, die sich ungerecht behandelt fühlen. Das führt auf Dauer zu einem höchst paradoxen Ergebnis: Je mehr sich die Politik am Massstab „Gerechtigkeit“ orientiert, desto unzufriedener werden alle Beteiligten, desto mehr Frust gegenüber den Politikern bildet sich in der Bevölkerung.

Karl-Heinz Dignas, Ostfriesen-Zeitung vom 07.10.99 , S. 11

All das sollten sich diejenigen vor Augen halten, die bei jeder Gelegenheit im Namen der Gerechtigkeit politische Massnahmen fordern und vor allem auch diejenigen, die diesen Sirenenklängen Glauben schenken.